



DREI JAHRE KRISENPOLITIK:

DAS TEUERSTE AUS ZWEI WELTEN

DIE ZENTRALEN AUSSAGEN

- Die wirtschaftspolitische Gesamtbetrachtung der Corona- und der Energiekrise zeigt: Bis Ende des Jahres wird Österreich fast 60 Milliarden Euro an Steuergeldern für Covid- und Energiemaßnahmen aufgewendet haben. Je nach Inanspruchnahme des neuen Energiekostenzuschusses werden die diversen Hilfsmaßnahmen pro Kopf Kosten von bis zu 6.800 Euro verursachen. Damit gehört Österreich zu den drei Ländern mit den höchsten Gesamtkosten. Im Eurozonen-Schnitt gaben die Staaten rund 2.500 Euro pro Einwohner weniger aus als Österreich.
- Entgegen häufig wiederholter Beteuerungen, Österreich sei gut durch die Krisen gekommen, fiel der volkswirtschaftliche Gesamtschaden zwischen 2020 und 2023 nur in drei EU-Staaten höher aus (Frankreich, Italien und Spanien). Rund 5 Prozent bzw. 20 Milliarden Euro der Wirtschaftsleistung wurden vernichtet.
- Für beide Krisen gilt: Es wurde kaum versucht, treffsichere Hilfen für besonders betroffene Haushalte und Unternehmen aufzusetzen. Beim neuen Energiekostenzuschuss² wurde sogar das Kriterium der Mindestenergieintensität gelockert. Durch beide Krisen zieht sich zudem, dass stark auf Direktzahlungen und weniger auf die Übernahme von Haftungen gesetzt wird. Letzteres würde die Steuerzahler:innen am Ende deutlich günstiger kommen.

DIE HERAUSFORDERUNG

Die vergangenen drei Jahre waren von zwei außergewöhnlichen Krisen gekennzeichnet – von Corona und der Energiekrise. Während der Pandemie wurde der Spagat zwischen Einschränkung des Gesellschafts- und Wirtschaftslebens und Kompensation für ebendiese Einschränkungen von den Staaten unterschiedlich umgesetzt. Österreichs Politik setzte von Anfang an auf das Motto „Koste es, was es wolle“ und verhängte – wie kaum ein anderes Land – noch bis in den Winter 2021 harte Lockdowns, also jenes Mittel, das die höchsten wirtschaftlichen Kosten verursacht.

Auch nach dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine, der zu erheblichen Energiepreissteigerungen sowie einer massiven Beschleunigung der Inflation führte, wurden wieder zahlreiche Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung von Haushalten und Unternehmen beschlossen. Dutzende Einzelmaßnahmen umfassten die drei großen Maßnahmenpakete gegen die Teuerung. Kurz vor dem Jahreswechsel wurde von der türkis-grünen Regierung noch eine Ausweitung des Heizkostenzuschusses sowie eine deutliche Erweiterung des Energiekostenzuschusses angekündigt, Ende Jänner folgte die Ausweitung des Stromkostenzuschusses, von der größere Haushalte und landwirtschaftliche Betriebe profitieren sollen.

Zeit, eine Zwischenbilanz über drei Jahre Krisenpolitik zu ziehen. Ziel dieser Policy Note ist es, einen internationalen Vergleich über die bisherigen budgetären Mehrbelastungen der Unterstützungsmaßnahmen sowie die konjunkturellen Auswirkungen zu ziehen.

ANALYSE

1. CORONA-MASSNAHMEN

Mit Beginn der Pandemie wurden im europäischen Gleichklang zahlreiche Sonderregelungen eingeführt. Der Stabilitätspakt wurde ausgesetzt – und nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs um ein weiteres Jahr bis Ende 2023 verlängert. Die EU-Mitgliedstaaten dürfen somit von der Vorgabe, Budgetdefizite von maximal 3 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) zu erzielen, abweichen. Folglich waren und sind auch höhere Schulden als zu Normalzeiten erlaubt.

Die Kommission hat zudem den europäischen Beihilfenrahmen deutlich gelockert, um den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei Wirtschaftshilfen zu ermöglichen. Zur Jahresmitte 2022 wurde schließlich angekündigt, den „befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von Covid-19“ für die meisten der bereitgestellten Instrumente nicht über den 30. Juni hinaus zu verlängern. Nur Investitionsförderungs- und Solvenzhilfemaßnahmen dürfen noch bis Ende 2023 gewährt werden. Darüber hinaus ist es möglich, Schuldtitel wie Garantien oder Darlehen bis zum 30. Juni 2023 in andere Beihilfeformen (z.B. direkte Zuschüsse) umzuwandeln.

Überförderung auf der Tagesordnung

Österreich hat von den rechtlichen Möglichkeiten von Anfang an ausführlich Gebrauch gemacht. Mittlerweile ist auch vom Rechnungshof in mehreren Berichten bestätigt, dass die Regierung im Lauf der Pandemie wenig dazugelernt hat und verschwenderisch mit Steuergeld umgegangen ist.

So stellten die Prüfer „beträchtliches Überförderungs-potenzial“ fest. Viele Unternehmen hätten also während der Pandemie höhere Gewinne erwirtschaftet als davor (vgl. *Der Standard: „Rechnungshof kritisiert Überförderung durch Covid-Hilfen“*). Die Kurzarbeits-beihilfe war beispielsweise nicht auf den Umsatzeratz abgestimmt, das sorgte für überschießende Förderungen.

Zum Bild einer weitgehend chaotischen Politik passt auch ein weiterer Prüfbericht, der Kritik am Management der Pandemie übte (vgl. *Bericht „Pandemiemanagement der Gesundheitsbehörden im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie“*). Zusammenfassend hält der Rechnungshof fest, „dass die Herausforderungen des Krisen-managements in der COVID-19-Pandemie bislang ungelöst waren. Die seit Ausbruch der Pandemie gemachten Erfahrungen wurden zu wenig genutzt, um das Krisenmanagement im Sinne von Lessons Learned weiterzuentwickeln.“

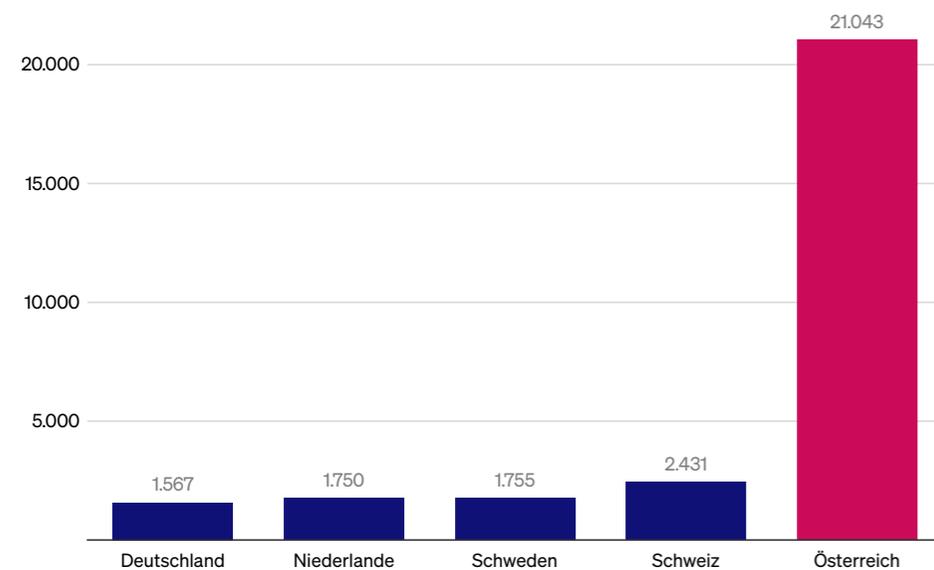
Planloses und teures Testen

Bestes Beispiel dafür war die planlose Teststrategie, die wenig Nutzen brachte, dafür aber gut 4 Milliarden Euro an Kosten verursachte (*Der Standard: „Corona-Tests in Österreich als Milliardengeschäft“*).

Laut Daten von Our World in Data wurden in Österreich bis Juni 2022 (danach wurde diese Statistik nicht mehr weitergeführt) fast 190 Millionen Tests durchgeführt. Pro Einwohner entspricht das mehr als 21 Tests. Nur im kleinen Inselstaat Zypern wurde noch mehr getestet. Für die meisten anderen Staaten war allerdings rasch klar, dass man mit massenweisem Testen von gesunden

Wo wie viel getestet wurde

Tests pro 1000 Einwohner im Zeitraum Februar 2020 bis Juni 2022



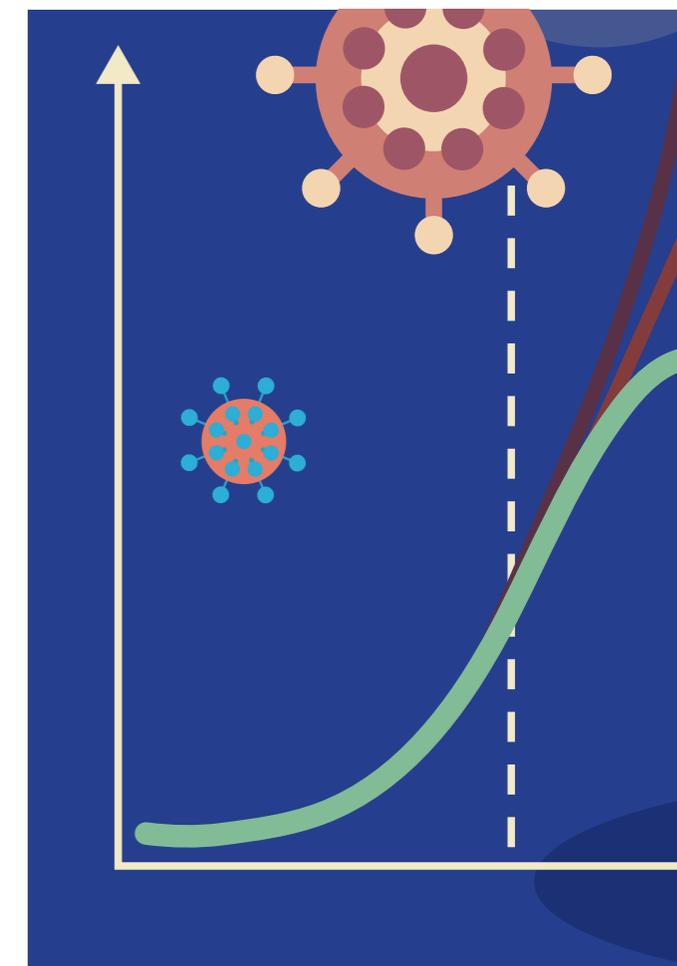
Quelle: Our World in Data

Menschen den Pandemieverlauf nicht wirklich beeinflussen kann. Selbst in Deutschland, das ebenfalls sehr lange auf sehr harte Freiheitseinschränkungen setzte, wurde 13-mal weniger getestet. Nicht viel anders verhält es sich mit den mit Österreich gut vergleichbaren Ländern Niederlande, Schweden oder Schweiz.

Aus gesamtgesundheitlicher Sicht hat der österreichische Sonderweg beim Testen zu keinen signifikant besseren Ergebnissen geführt. Die Übersterblichkeit fiel nur zu Beginn der Pandemie (als es noch keine Massentests gab) gering aus, danach lag sie ziemlich im westeuropäischen Durchschnitt, nur in einigen osteuropäischen Ländern, deren Gesundheitssysteme aber auch schlechter ausgestattet sind, fiel die Übersterblichkeit noch wesentlich höher aus.

Verglichen wurde bei diesen Eurostat-Daten, wie hoch die Übersterblichkeit pro Monat im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 ausfiel. Berücksichtigt werden dabei alle Todesfälle, also nicht nur jene, die mit der Diagnose „mit oder an Corona verstorben“ in die Statistik eingegangen sind. Diese Auswertung ist also ein guter Indikator, welche Kollateralschäden durch rigide Lockdowns und auf Angst setzende Kommunikation entstanden sind – etwa in Form von nicht durchgeführten Untersuchungen oder Behandlungen. Vor allem gegen Jahresende 2020 und 2021 gab es in Österreich vergleichsweise hohe Sterblichkeitsraten. Nicht letale Kollateralschäden wie Depressionen, Angstsymptome oder Schlafstörungen, die sich in Österreich verfünf- bis verzehnfacht haben,

sind darin noch gar nicht abgebildet (vgl. laufende Studien Donau-Universität Krems)



Geringe Übersterblichkeit in Schweden

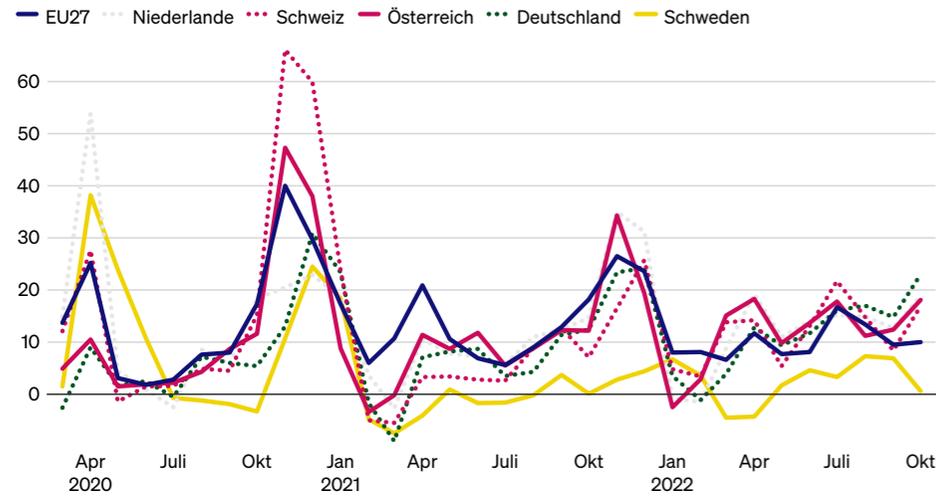
Besonders ins Auge sticht Schweden. Das Land, das weitgehend ohne gesetzliche Einschränkungen und gänzlich ohne Lockdowns durch die Krise kam, verzeichnete nur in der ersten Welle eine hohe Übersterblichkeit. Danach schnitt das skandinavische Land, das von vielen Politikern und auch Medien noch sehr lange während der Pandemie äußerst

kritisch kommentiert wurde, deutlich besser ab als die allermeisten anderen Länder.

In 32 Monaten Pandemie (März 2020 bis Oktober 2022) verzeichnete Österreich in 26 Monaten eine höhere Übersterblichkeit als Schweden. Der Vergleich EU-Durchschnitt vs. Schweden fällt noch etwas eindeutiger aus. Gemäß Eurostat-Daten lag die Übersterblichkeit der EU-27 in 28 von 32 Monaten höher als in Schweden.

Übersterblichkeit während der Pandemie

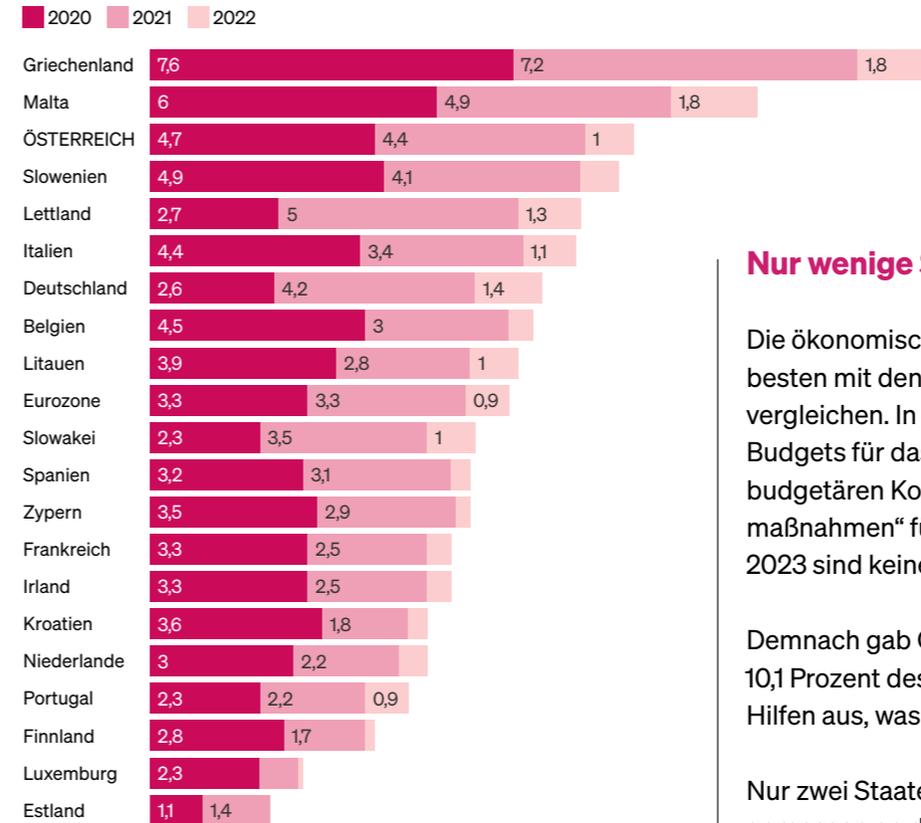
Werte pro Monat und in Prozent, Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Lesebeispiel: Im November 2020 sind in Österreich um 47,3 Prozent mehr Menschen gestorben als in den Jänner-Monaten 2016 bis 2019.



Quelle: Eurostat

Kosten der Covid-19-Notfallmaßnahmen

in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)



Quelle: EU-Kommission

Nur wenige Staaten gaben mehr aus

Die ökonomische Seite der Pandemie lässt sich am besten mit den aktuellen Daten der EU-Kommission vergleichen. In der Brüsseler Analyse der nationalen Budgets für das Jahr 2023 wurden auch die bisherigen budgetären Kosten der „temporären Covid-19-Notfallmaßnahmen“ für die Jahre 2020 bis 2022 beziffert (für 2023 sind keine Kosten mehr vorgesehen).

Demnach gab Österreich in diesen drei Jahren kumuliert 10,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Corona-Hilfen aus, was rund 40 Milliarden Euro entspricht.

Nur zwei Staaten – Griechenland und Malta – nahmen gemessen an der Wirtschaftsleistung mehr Geld zur Bewältigung der Krise in die Hand. Länder wie die Niederlande, Portugal, Finnland, Luxemburg und Estland kamen mit der Hälfte der Mittel oder noch weniger aus (diese Daten liegen nur für die Euroländer vor, nicht für alle EU-Mitglieder). Im Vergleich zu diesen Staaten hätte sich Österreich also mindestens 20 Milliarden Euro ersparen können.

Zuschüsse statt Garantien

Ein Hauptgrund dafür, warum Österreich in diesem Ranking so weit vorne liegt, ist, dass hierzulande ein beträchtlicher Teil der Hilfsmaßnahmen als direkte Zuschüsse konstruiert waren, die also in jedem Fall am Ende des Tages beim Staat als Kosten verbleiben. Andere EU-Mitglieder haben viel stärker auf Garantien und Stundungen gesetzt, also Instrumente, die für den Staat nur dann als Kosten schlagend werden, wenn das unterstützte Unternehmen die Hilfen nicht zurückzahlen kann (weil es beispielsweise insolvent wird).

Auch dazu haben die Expert:innen der EU-Kommission bereits erste Daten veröffentlicht. Demnach wurden in Österreich mehr als 80 Prozent der Gelder über verschiedene Formen von direkten Zuschüssen gewährt, im EU-Schnitt waren es nur 33 Prozent. Umgekehrt entfielen in Österreich nur etwa 17 Prozent der staatlichen Beihilfen auf Garantien, Haftungen und Stundungen, im EU-Schnitt waren es 57 Prozent. Zu beachten ist bei dieser Datenbank allerdings, dass sie vorerst nur bis inklusive 2021 reicht und viele Hilfsmaßnahmen noch nicht final eingemeldet waren.

Starker Wirtschaftseinbruch

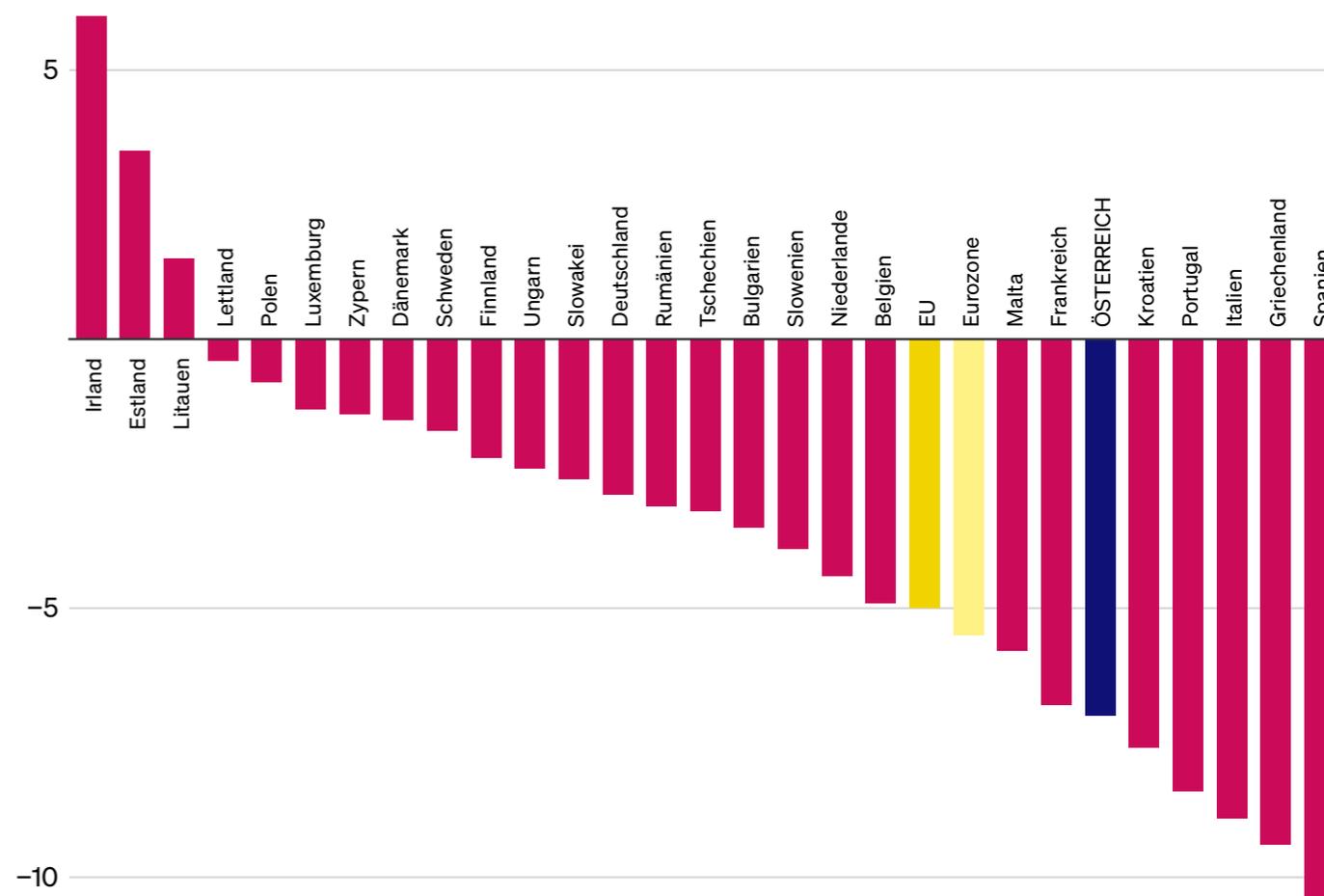
Eine zweite Frage ist, wie sehr mit dem Mitteleinsatz der wirtschaftliche Abschwung verhindert bzw. eingedämmt werden konnte. Die folgende Grafik zeigt die Schwere des erlittenen volkswirtschaftlichen Schadens in den ersten beiden Pandemie Jahren. Dargestellt wird der kumulierte reale BIP-Verlust der Jahre 2020 und 2021.

Konkret ergibt sich der Verlust aus der Differenz zwischen dem tatsächlichen BIP und dem Trend-BIP. Das Trend-BIP wird von den Ökonom:innen der Kommission in einem aufwendigen Verfahren errechnet. Vereinfacht gesagt zeigt es, wie groß die Wirtschaftsleistung bei einer normalen Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten (Arbeit und Kapital) sein sollte. Es ist also um vorübergehende saisonale und konjunkturelle Schwankungen bereinigt.

Für Österreich ergibt sich in den ersten beiden Pandemie Jahren ein Verlust von 7,0 Prozent des Trend-BIP. Die Wirtschaftsleistung fiel also um rund 26 Milliarden Euro niedriger aus, als sie ohne Pandemie und Pandemiepolitik ausgefallen wäre. Der europäischen Vergleich zeigt, dass der BIP-Verlust nur in fünf Staaten höher ausfiel (Kroatien, Portugal, Italien, Griechenland und Spanien). Auch der EU-Schnitt war mit minus 5 Prozent deutlich besser. Einige wenige Mitglieder sind sogar mit einem Wirtschaftsboom (Irland, Estland, Litauen) durch die Pandemie gekommen. Schweden verzeichnete nur einen kleinen Verlust (1,7 Prozent des BIP).

Wirtschaftlicher Schaden in den ersten beiden Pandemie Jahren

kumulierte reale BIP-Verlustrate in den Jahren 2020 und 2021



Quelle: Ameco

2. ENERGIEKRISE UND TEUERUNG

Schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 wurde europaweit ein drastischer Anstieg der Energiepreise verzeichnet. Nach Ausbruch des Krieges beschleunigte sich dieser Trend noch einmal. Auf europäischer Ebene wurden rasch begleitende Maßnahmen beschlossen, die bis zum Herbst immer wieder adaptiert und ausgeweitet wurden (vgl. EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise).

- Mit der Kommissionsstrategie „REPowerEU“ wird das Ziel verfolgt, schon deutlich vor 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu werden und den Ausbau Erneuerbarer zu beschleunigen.
- Gemeinsam auf europäischer Ebene vereinbart wurden Mindestverpflichtungen zur Gasspeicherung sowie das Ziel, den Gasverbrauch im Winter 2022/23 um 15 Prozent zu senken. Zudem wurde für die kommenden Jahre eine EU-Plattform zur gemeinsamen Beschaffung von Gas, Flüssigerdgas und Wasserstoff eingerichtet.
- Nach langen Verhandlungen wurde ein – äußerst komplexer – Marktkorrekturmechanismus vereinbart, durch den bei besonders starken Preisausschlägen auf dem Gasmarkt interveniert werden kann.

- Konsens wurde auch darüber erzielt, einen Solidarbeitrag von Energieunternehmen einheben zu können, die von den gestiegenen Preisen profitieren. Diese Sonderbesteuerung soll auf Basis der Gewinnüberschüsse aus Tätigkeiten im Bereich fossile Brennstoffe im Jahr 2022 erfolgen.
- Ähnlich wie zu Beginn der Corona-Pandemie wurde auch das Beihilfenrecht wieder gelockert. Der „Befristete Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine“ sieht vor, dass Unternehmen – insbesondere energieintensive – teilweise für die Mehrkosten im Energiebereich entschädigt werden können. Grundsätzlich sind Beihilfen bis zu 2 Millionen Euro vorgesehen, im Falle von Betriebsverlusten sind aber auch deutlich höhere Zuschüsse möglich. In der Erstversion der Regelung lag die Obergrenze bei 50 Millionen Euro pro Unternehmen, in der Letztversion bereits bei 150 Millionen.
- Eckpunkte wurden in Brüssel auch für finanzielle Hilfen von Haushalten, die unter den Energiekosten leiden, beschlossen. Mangels Regelungskompetenz der Kommission bzw. des Europäischen Parlaments liegt die konkrete Ausgestaltung aber bei den Nationalstaaten. Nicht zuletzt deshalb gab und gibt es auch beträchtliche Unterschiede bei Größe und Form von Hilfsinstrumenten.

In Österreich wurden – verteilt auf mehrere größere Pakete – dutzende Einzelmaßnahmen beschlossen. Zum Teil hatten sie unmittelbar mit den Energiekosten zu tun (z.B. Energiekostenzuschuss, Stromkostenzuschuss, Aussetzung Erneuerbaren-Förderpauschale, Erhöhung Pendlerpauschale, Senkung Elektrizitätsabgabe), zum Teil handelte es sich aber auch um allgemeine steuerliche oder sozialpolitische Maßnahmen gegen die Teuerung (Abschaffung der kalten Progression, Klima- und Antiteuerungsbonus, Teuerungsabsetzbetrag, Indexierung von Sozialleistungen oder Einmalzahlungen für vulnerable Gruppen).

Kurz vor dem Jahreswechsel wurden schließlich noch weitere Hilfen von der Regierung angekündigt, die Ende Jänner auch beschlossen wurden. Zum einen gibt es 450 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln, die von den Ländern als Heizkostenzuschuss ausbezahlt werden können. Zum anderen wurde der Energiekostenzuschuss verlängert und ausgeweitet. Damit können Unternehmen nun bis Ende 2023 Zuschüsse zu ihren Energiekosten beantragen. Förderungen bis zu 4 Millionen Euro sind demnach auch möglich, wenn das Unternehmen nicht als energieintensiv gilt. Bei energieintensiven Unternehmen sind Förderungen von bis zu 150 Millionen Euro möglich, womit der EU-Rahmen maximal ausgeschöpft wird (vgl. [Medieninformation Wirtschaftsministerium](#)).

Keine Details zu Kosten

Obwohl es sich neuerlich um gigantische Steuermittel handelt, gibt es beim Energiekostenzuschuss keine wirkungsorientierte Folgenabschätzung. Bei der Präsentation im Dezember gab die Regierung lediglich an, der Staatshaushalt werde mit einem „mittleren bis hohen einstelligen Milliardenbetrag“ belastet. Einen Tag vor dem Parlamentsbeschluss wurde den Fraktionen schließlich in einem Abänderungsantrag mitgeteilt, man hebe den entsprechenden Auszahlungsrahmen im Wirtschaftsministerium von 1,3 auf 3,5 Milliarden Euro im Jahr 2023 an. Für 2024 seien weitere Kosten von 3,5 Milliarden Euro möglich.

Ein weiterer beträchtlicher Betrag, nämlich eine gute halbe Milliarde Euro, ist zur Kompensation des sogenannten Netzverlustentgelts vorgesehen. Damit sollen höhere Netzkosten für die Konsumenten vermieden werden.

Weiters wurde kurzfristig die Ausweitung des Stromkostenzuschusses beschlossen. Diese soll Haushalten mit mehr als drei Personen und Haushalten, die nur einen Stromzähler für Landwirtschaft bzw. Unternehmen und Haushalt haben, zugutekommen. Eine konkrete Kostenschätzung gibt es auch dafür nicht.

Alle Prognosen sind also mit erheblichen Unsicherheiten verbunden – nicht zuletzt, weil die Gaspreise zum Jahreswechsel deutlich gesunken sind. Ende Jänner lag der Gaspreis am niederländischen Großhandelsplatz

TTF unter 60 Euro pro Megawattstunde. So günstig war europäisches Gas zuletzt im Herbst 2021. Es bleibt also abzuwarten, wie sich die Preise in den kommenden Monaten entwickeln und ob es bei der Auffüllung der Speicher heuer besser gelingt, die Preise nicht neuerlich zu befeuern.

Laufend neue Pakete

Im Gegensatz zu den Corona-Hilfen sind europäische Vergleiche zur Größe der Energiemaßnahmen noch etwas schwieriger, weil noch vieles im Fluss ist und laufend neue Maßnahmen dazukommen. Beispielsweise ist eine Aufstellung der EU-Kommission, die im Zuge der Evaluierung der Haushaltspläne 2023 erstellt wurde, schon für einige Länder überholt.

Für diese Analyse wurde daher auf aktuellere Daten (Stand 13. Februar) des Brüsseler Thinktanks Bruegel zurückgegriffen (vgl. „National fiscal policy responses to the energy crisis“), in dem die aktuellsten österreichischen Maßnahmen bereits enthalten sind.

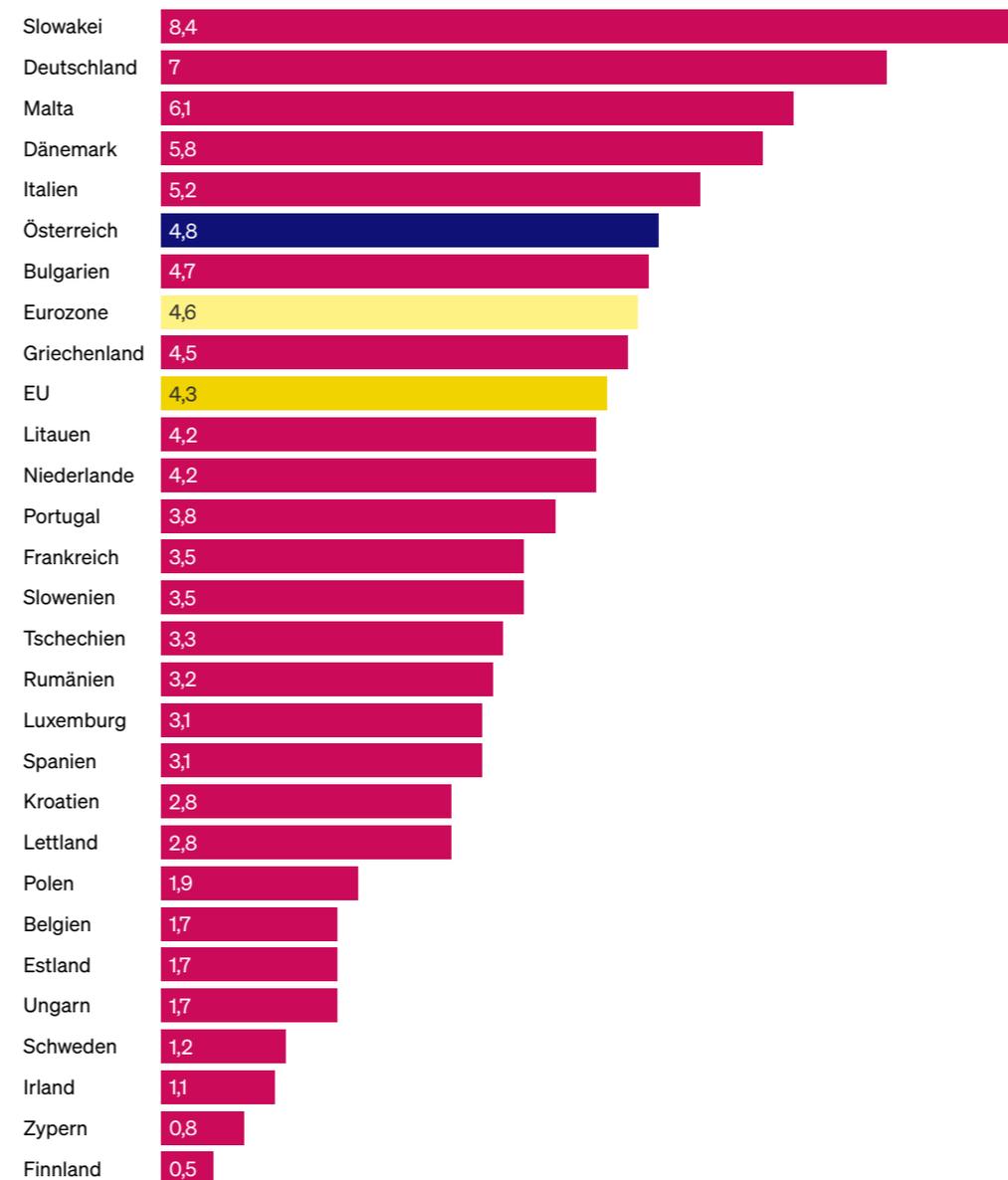
Demnach wurden im gesamten EU-Raum gut 681 Milliarden Euro bereitgestellt, um Haushalte und Unternehmen vor den steigenden Energiekosten zu schützen. Entgegen einer ersten Version des Bruegel-Datensatzes sind in der aktuellen Fassung nicht nur Maßnahmen mit unmittelbarem Energiekonnex enthalten, sondern auch allgemeine steuerliche Maßnahmen wie die Abschaffung der kalten Progression.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung stellen die Slowakei sowie Deutschland – vor allem wegen des im Herbst angekündigten 200 Milliarden schweren „Abwehrschirms“ – das meiste Geld bereit. Im Falle Deutschlands könnte der Wert von 7 Prozent des BIP aber auch noch deutlich niedriger ausfallen. Bei dem von Kanzler Olaf Scholz (SPD) als „Doppel-Wumms“ angekündigten Paket handelt es sich um eine Kreditermächtigung in Höhe von 200 Milliarden Euro. Ein beträchtlicher Teil ist für eine Strom- und Gaspreispbremse vorgesehen. Sollten die Strom- und Gaspreise weiter deutlich unter den Prognosen vom Herbst bleiben, würden sich die Kosten um dutzende Milliarden Euro reduzieren.

Österreich mobilisiert gemäß der Bruegel-Daten 4,8 Prozent des BIP für Energiemaßnahmen. Aber auch hier gilt: Sollte die Inanspruchnahme des Energiekostenzuschusses niedriger als erwartet sein, könnte dieser Wert auch noch niedriger ausfallen.

Kosten der Energiemaßnahmen

in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)



Quelle: Bruegel, eigene Berechnungen

3. GESAMTBETRACHTUNG

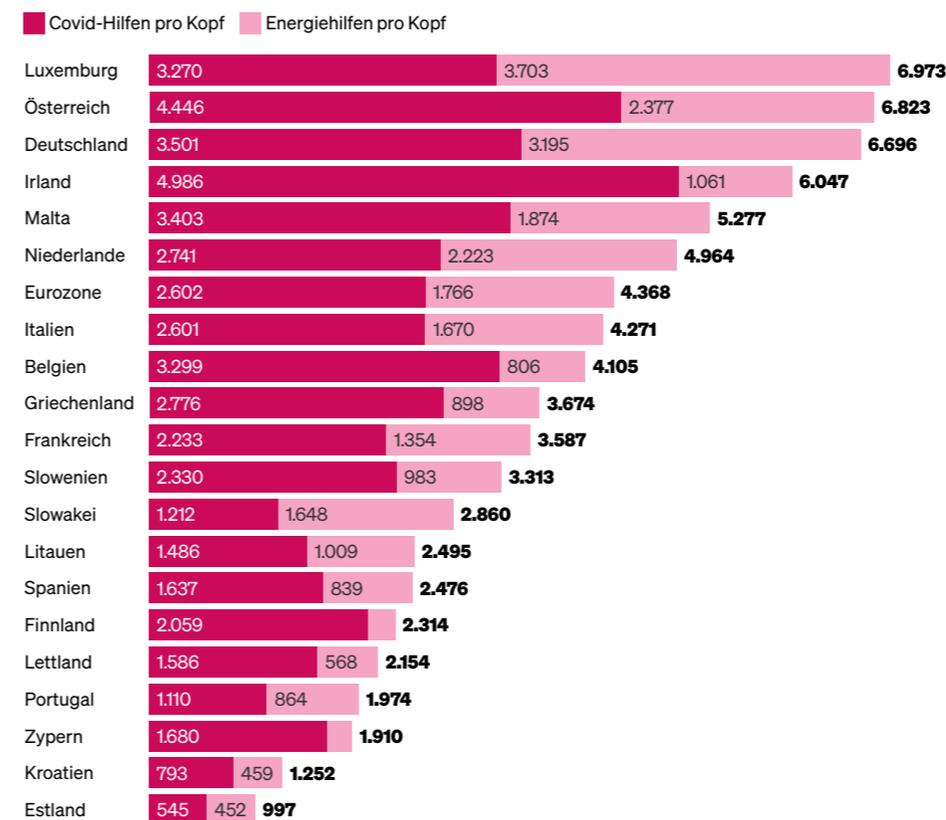
Nimmt man nun eine Gesamtbetrachtung der Krisenjahre 2020 bis 2023 vor, dann zeigt sich folgendes Bild (wegen der Daten zu den Corona-Hilfen ist dieser Vergleich wieder nur für die Euro-Länder möglich):

➤ Österreich gehörte zu jenen Ländern, die pro Kopf am meisten Geld zur Bewältigung der Corona- und der Energiekrise aufgewendet haben. Nur Luxemburg liegt in diesem Ranking vor uns. Dort wurden pro Einwohner fast 7.000 Euro für Covid- und Energiehilfen zwischen 2020 und 2023 ausgegeben. In Österreich liegen die Ausgaben bei knapp 6.800 Euro pro Kopf. Es folgt Deutschland mit rund 6.700, wobei dieser Betrag eben deutlich geringer ausfallen würde, wenn der „Abwehrschirm“ weniger stark ausgeschöpft werden sollte.

➤ Im Eurozonen-Schnitt gaben die Staaten rund 2.500 Euro pro Einwohner weniger aus als Österreich. Große Volkswirtschaften wie Italien und Belgien liegen ziemlich genau im Eurozonen-Schnitt, Frankreich etwas darunter. Übliche Benchmark-Länder wie die Niederlande liegen ebenfalls rund 2.000 Euro unter Österreich, Finnland hat pro Kopf nur rund ein Drittel der Steuergelder Österreichs ausgegeben.

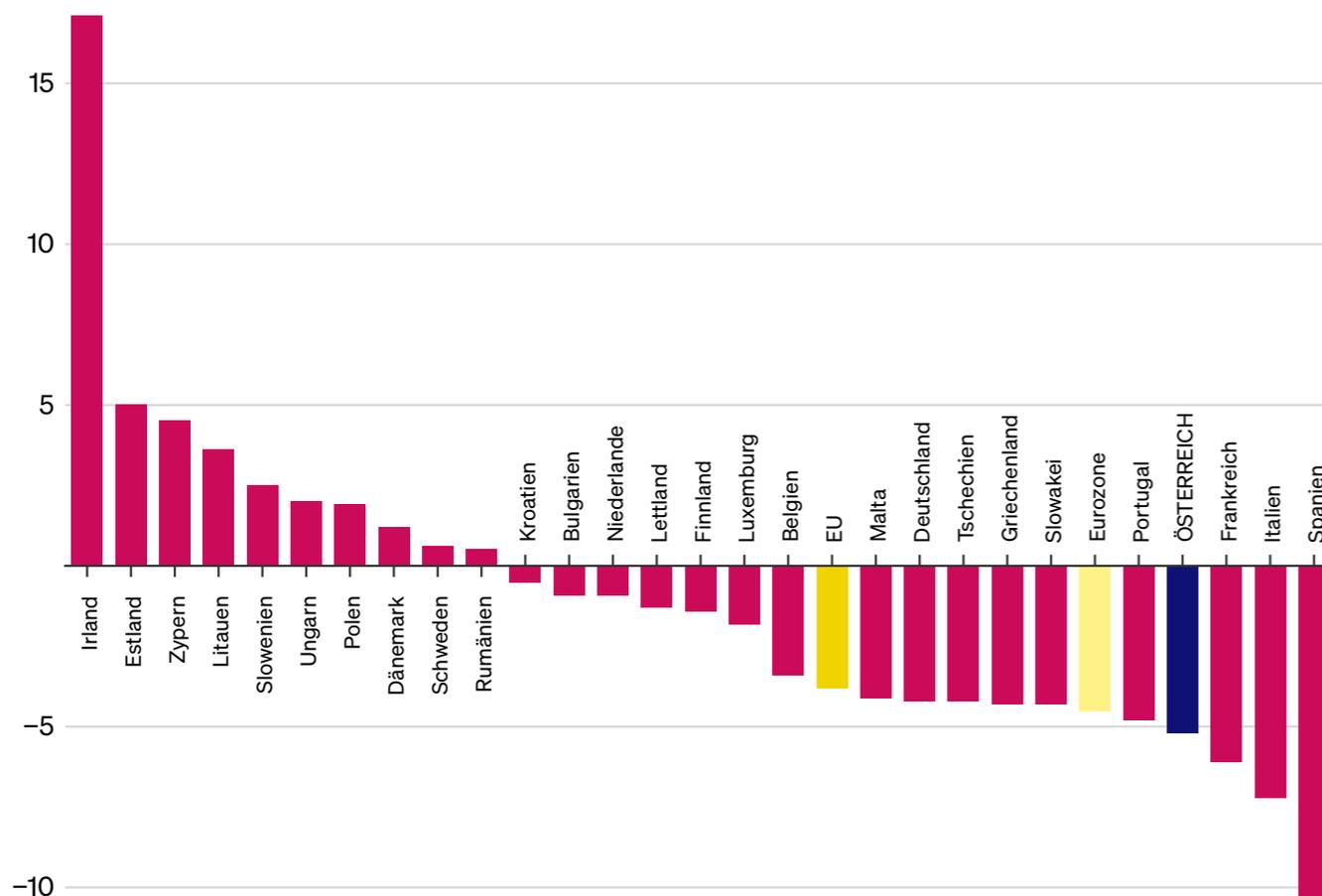
Pro-Kopf-Ausgaben für Corona- und Energiehilfen

in Euro



Volkswirtschaftlicher Schaden während Corona- und Energiekrise

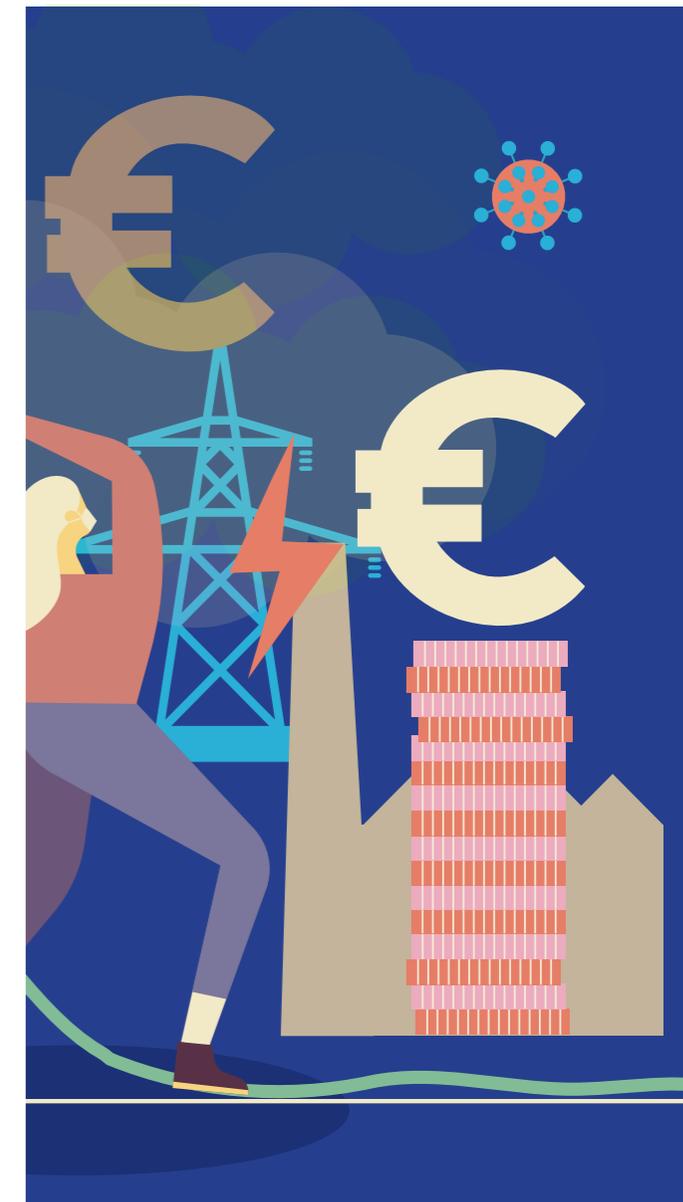
kumulierte reale BIP-Verlustrate in den Jahren 2020 bis 2023



Quelle: Ameco

Bei der Betrachtung des volkswirtschaftlichen Schadens über den gesamten Zeitraum 2020 bis 2023 zeigt sich wiederum:

- Nur in Frankreich, Spanien und Italien fiel der kumulierte reale BIP-Verlust noch höher aus. In Österreich lag die Wirtschaftsleistung in den Krisenjahren um 5,2 Prozent unter jenem Niveau, das ohne Krisen bzw. Krisenpolitik zu erwarten gewesen wäre.
- Der Eurozonen-Schnitt ist etwas besser (4,5 Prozent Verlustrate), der EU-Schnitt ist deutlich besser (3,8 Prozent Verlustrate).
- Übliche Benchmark-Länder wie Finnland (minus 1,4 Prozent) und die Niederlande (minus 0,9 Prozent) verzeichneten bereits deutlich geringere volkswirtschaftliche Schäden. Schweden und Dänemark und acht andere EU-Mitglieder konnten ihre Wirtschaftsleistung im Betrachtungszeitraum sogar stärker als erwartet steigern.

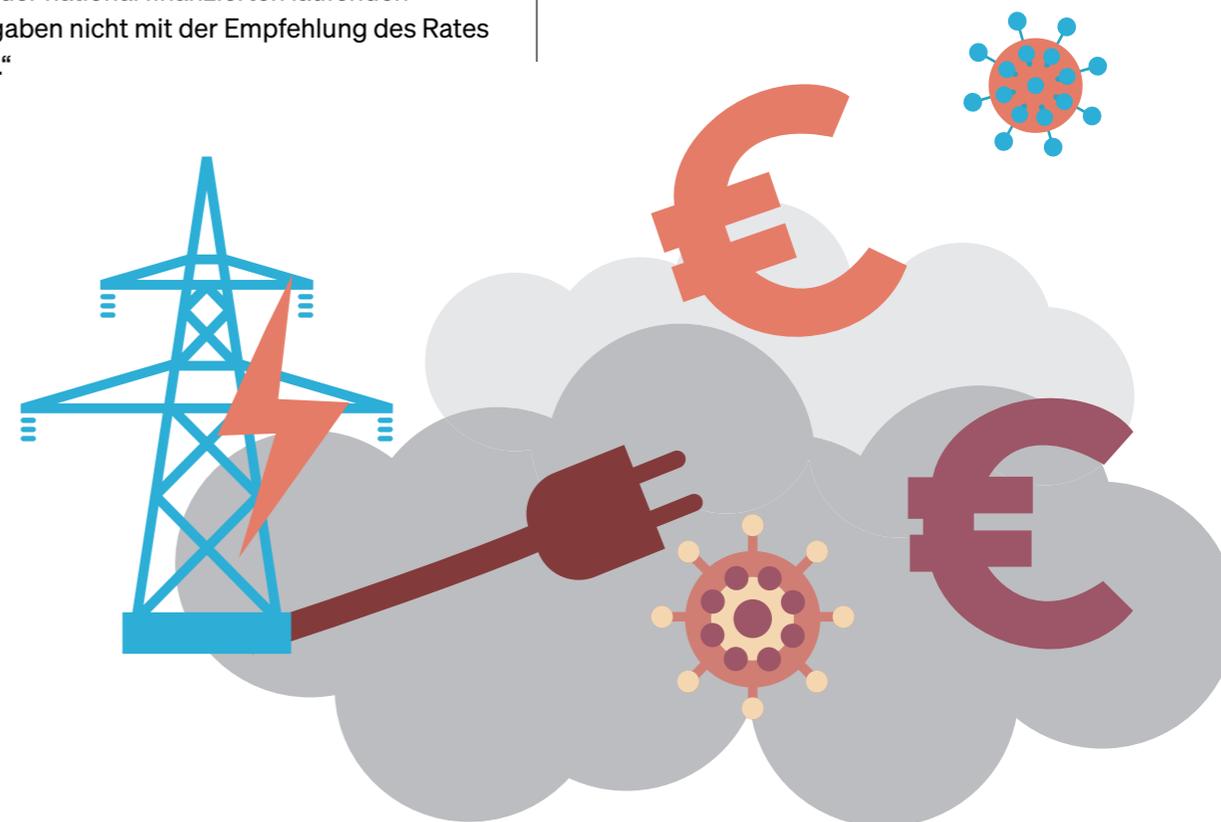


RESÜMEE

- **Die wirtschaftspolitische Gesamtbetrachtung der Corona- und der Energiekrise zeigt: Bis Ende des Jahres wird Österreich fast 60 Milliarden Euro an Steuergeldern für Covid- und Energiemaßnahmen aufgewendet haben.** Je nach Inanspruchnahme des neuen Energiekostenzuschusses werden die diversen Hilfsmaßnahmen pro Kopf Kosten von bis zu 6.800 Euro verursachen. Damit gehört Österreich zu den drei Ländern mit den höchsten Gesamtkosten. Im Eurozonen-Schnitt gaben die Staaten rund 2.500 Euro pro Einwohner weniger aus als Österreich.
- **Die damit erzielten Ergebnisse sind allerdings bescheiden. Trotz langer und häufiger Lockdowns und massiver Freiheitsbeschränkungen gab es eine beträchtliche Übersterblichkeit, vor allem auch von Menschen, die nicht an Corona verstarben.** Staaten mit vergleichbaren Gesundheitssystemen erzielten teils deutlich bessere Ergebnisse – allen voran Schweden. Bis heute ist es in Österreich nicht gut gelungen, das Gesundheitssystem an die neuen Anforderungen anzupassen, wie überfüllte Spitäler, lange Wartezeiten auf Behandlungen sowie Personalengpässe in vielen Bereichen zeigen.

- **Für beide Krisen gilt: Es wurde kaum versucht, treffsichere Hilfen für besonders betroffene Haushalte und Unternehmen aufzusetzen.** Beim neuen Energiekostenzuschuss 2 wurde sogar das Kriterium der Mindestenergieintensität gelockert. Durch beide Krisen zieht sich zudem, dass stark auf Direktzahlungen und weniger auf die Übernahme von Haftungen gesetzt wird. Letzteres würde die Steuerzahler am Ende deutlich günstiger kommen.
- **Nicht überraschend ist es daher, dass andere Länder bisher erfolgreicher dabei waren, ihren Gasverbrauch zu reduzieren.** Laut aktuellen Eurostat-Daten ging der Gasverbrauch von Jänner bis November 2022 verglichen mit denselben Monaten zwischen 2017 und 2021 um 9 Prozent zurück. Im EU-Schnitt betrug der Rückgang knapp 11 Prozent, in Deutschland waren es 13 Prozent, und Länder wie die Niederlande, Dänemark und Schweden reduzierten ihren Gasverbrauch gar um ein Viertel.
- **Entgegen häufig wiederholter Beteuerungen, Österreich sei gut durch die Krisen gekommen, fiel der volkswirtschaftliche Gesamtschaden zwischen 2020 und 2023 nur in drei EU-Staaten höher aus (Frankreich, Italien und Spanien).** Rund 5 Prozent bzw. 20 Milliarden Euro der Wirtschaftsleistung wurden vernichtet.

- **Es wurden zwar unzählige Einzelmaßnahmen beschlossen, strukturelle Reformen sind aber in den vergangenen Jahren weitgehend unterblieben. Nicht zuletzt deshalb rügte auch die EU-Kommission Österreich für seine expansive Budgetpolitik.** Die Ausgaben würden nicht nur wegen der Energiehilfen steigen, sondern auch wegen der „höheren Pensions- und Sozialausgaben und der Pflegereform“. Das Brüsseler Resümee: „Alles in allem steht das Wachstum der national finanzierten laufenden Primärausgaben nicht mit der Empfehlung des Rates in Einklang.“



LITERATURVERZEICHNIS

Bruegel-Auswertung: National fiscal policy responses to the energy crisis (2022).

Link: <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>

Budgetdienst: Maßnahmenpakete zum Teuerungsausgleich (2022).

Link: https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/analysen-zu-gesetzen/BD_-_Massnahmenpakete_zum_Teuerungsausgleich.pdf

Competition state aid brief. Issue 3/2022-October 2022. Link: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/ecfdc6fc-6191-11ed-92ed-01aa75ed71a1/language-en/format-PDF/source-277466540>

Data on Covid-19 by Our World in Data.

Link: <https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data>

Der Standard: Corona-Tests in Österreich als Milliardengeschäft (2022).

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000140655217/corona-tests-in-oesterreich-als-milliardengeschaeft>

Der Standard: Rechnungshof kritisiert Überförderung durch Covid-Hilfen (2022).

Link: <https://www.derstandard.at/story/2000140359814/rechnungshof-kritisiert-ueberfoerderung-durch-covid-hilfen>

Donau-Universität Krems: Psychische Gesundheit verschlechtert sich weiter (2021).

Link: <https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/psychische-gesundheit-verschlechtert-sich-weiter0.html>

Draft Budgetary Plans: Overall Assessment 2023.

Link: https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2022-11/com_2022_900_1_en_chapeau.pdf

Medieninformation Wirtschaftsministerium zum Energiekostenzuschuss II (2022).

Link: https://www.aws.at/fileadmin/user_upload/Downloads/EKZ2/20221222_Medieninfo_Energiekostenzuschuss_2.pdf

Mitteilung der Kommission: Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine (2022).

Link: https://competition-policy.ec.europa.eu/system/files/2022-10/C_2022_7945_1_DE_ACT_part1_v2.pdf

Rechnungshof-Bericht: Pandemiemanagement der Gesundheitsbehörden im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie (2022).

Link: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2022-18_Pandemiemanagement.pdf

Rechnungshof-Bericht: Rechnungshof zeigt beträchtliches Überförderungspotenzial bei COFAG-Hilfen auf (2022).

Link: https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/Ueberfoerderungspotenzial_bei_COFAG-Hilfen.html

Überblick EU-Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise.

Link: https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/eu-action-address-energy-crisis_de#was-die-eu-bereits-getan-hat



IMPRESSUM:

NEOS Lab

Das offene Labor für neue Politik

Neubaugasse 64–66

1070 Wien

Österreich